

Landtag

NRW-Fraktionen erarbeiten gemeinsam Integrationsplan

Düsseldorf (Inw). Für die Herkulesaufgabe Flüchtlingsintegration soll in NRW ein umfassendes Konzept mit zentralen Leitlinien erarbeitet werden. Alle Fraktionen im Düsseldorfer Landtag sagten gestern zu, an einem solchen Integrationsplan mitzuarbeiten.

Integrationsminister Rainer Schmelzer (SPD) versicherte, die Unterstützung für Flüchtlinge werde nicht zulasten einheimischer Bürger gehen. „Kein einheimischer Bürger (...) wird durch die Hilfen für Asylsuchende schlechter gestellt. Keinem Einheimischen geht etwas verloren, wenn wir Flüchtlingen helfen“, betonte Schmelzer. Deren Integration sei eine „Herausforderung historischen Ausmaßes“. Die Opposition kritisierte, Rot-Grün setze die Prioritäten bisher falsch, das Tempo sei zu schleppend.

Rund 330 000 Flüchtlinge waren 2015 nach NRW gekommen, ein Teil von ihnen wechselte in andere Bundesländer, mehr als 230 000 blieben. Die Landesregierung veranschlage für 2016 rund vier Milliarden Euro für Unterbringung und Integration, gut die Hälfte für die Kommunen, sagte Schmelzer. „Kein Bundesland tut mehr.“ In Kitas, Schulen, Ausbildung, bei Gesundheit oder Wohnungsbau sei vieles auf den Weg gebracht. Beispiele: gut 5700 zusätzliche Stellen an Schulen, Verbesserungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, ein Modell für frühe Eingliederung in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, Programme für mehr bezahlbaren Wohnraum. Alle Bevölkerungsgruppen könnten profitieren. Von den Zuwanderern erwarte er ein aktives Mitwirken.

Die CDU kritisierte, die Regierung gehe nicht „planvoll, vorausschauend“ vor, sondern habe lange im „Notfallmodus“ gesteckt. Das Land setze weiter auf tausende Unterbringungsplätze in den Kommunen und erschwere diesen damit die Integrationsarbeit vor Ort, monierte Vize-Fraktionschef André Kuper. Die bisherigen Maßnahmen von Rot-Grün lösten in der CDU „Zweifel“ aus. Man werde sich bei einem Integrationsplan aber nicht verweigern.

Für die FDP kritisierte Integrationsexperte Joachim Stamp, Rot-Grün habe viele konstruktive Vorschläge der Opposition abgeschmettert und damit Zeit vergeudet.

Simone Brand, Piraten-Vizefraktionschefin, warb für das Bekenntnis „Deutschland ist ein Aufnahmeland“.